

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1794/76 zur Abweichung von der Verordnung (EWG) Nr. 155/71 über die Erstattung bei der Erzeugung für Olivenöl zur Herstellung von bestimmten Konserven

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1707/73²⁾, insbesondere auf Artikel 19 Abs. 2,

gestützt auf die Verordnung Nr. 162/66/EWG des Rates vom 27. Oktober 1966 über den Handel mit Fetten zwischen der Gemeinschaft und Griechenland³⁾, insbesondere auf Artikel 8,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Verordnung (EWG) Nr. 1794/76 des Rates vom 20. Juli 1976⁴⁾ sieht bei Anwendung des in Artikel 2 der Verordnungen (EWG) Nr. 601/76⁵⁾ und Nr. 602/76⁶⁾ genannten Ausschreibungsverfahrens für die Festsetzung der Abschöpfung Maßnahmen vor, die von Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 155/71 des Rates vom 26. Januar 1971 über die Erstattung bei der Erzeugung für Olivenöl zur Herstellung von bestimmten Konserven⁷⁾ abweichen.

Die Verordnungen (EWG) Nr. 601/76 und Nr. 602/76 wurden durch die Verordnungen (EWG) Nr. 3243/76⁸⁾ und Nr. 3244/76⁹⁾ ersetzt. Es ist daher zweckmäßig, auf diese letztgenannten Verordnungen zu verweisen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

In Artikel 1 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1794/76 des Rates wird die Bezugnahme auf die Verordnungen (EWG) Nr. 601/76 und (EWG) Nr. 602/76 durch die Bezugnahme auf die Verordnungen (EWG) Nr. 3243/76 und (EWG) Nr. 3244/76 des Rates ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

¹⁾ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 172 vom 30. September 1966, S. 3025/66

²⁾ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 175 vom 29. Juni 1973, S. 5

³⁾ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 197 vom 29. Oktober 1966, S. 3393/66

⁴⁾ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 201 vom 27. Juli 1976, S. 3

⁵⁾ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 72 vom 28. März 1976, S. 1

⁶⁾ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 72 vom 28. März 1976, S. 3

⁷⁾ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 22 vom 28. Januar 1971, S. 5

⁸⁾ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 327 vom 26. November 1976, S. 4

⁹⁾ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 327 vom 26. November 1976, S. 6

Begründung

1. In der Verordnung Nr. 155/71 des Rates vom 26. Januar 1971 über die Erstattung bei der Erzeugung für Olivenöl zur Herstellung von bestimmten Konserven wurden die Kriterien zur Festsetzung dieser Erstattung nach Maßgabe der Einfuhrabschöpfungen festgelegt, die von der Kommission gemäß Artikel 13 der Verordnung Nr. 136/66/EWG über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette festgesetzt worden sind.

2. Artikel 2 der Verordnungen (EWG) Nr. 601/76 und Nr. 602/76 sieht vor, daß bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen die Abschöpfungen bei der Einfuhr von Olivenöl entgegen den Vorschriften des genannten Artikels 13 durch Ausschreibung festgesetzt werden.

Folglich müssen in der Verordnung (EWG) Nr. 1794/76 des Rates vom 20. Juli 1976 abweichende Maßnahmen vorgesehen werden, um für den genannten Fall die Bedingungen der Berechnung der Erstattungen bei der Erzeugung festzulegen.

3. Da die Verordnungen (EWG) Nr. 601/76 und 602/76 des Rates ab 1. Januar 1977 durch die Verordnungen (EWG) Nr. 3243/76 und 3244/76 ersetzt werden, erscheint es angezeigt, in der Verordnung (EWG) Nr. 1794/76 auf diese Verordnungen Bezug zu nehmen.

Dies ist der Zweck dieses Vorschlags.

Gemäß Artikel 2 Satz 2 des Gesetzes vom 27. Juli 1957 zugeleitet mit Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramtes vom 17. Januar 1977 – 14 – 680 70 – E – Ag 107/77:

Dieser Vorschlag ist mit Schreiben des Herrn Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 31. Dezember 1976 dem Herrn Präsidenten des Rates der Europäischen Gemeinschaften übermittelt worden.

Die Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem genannten Kommissionsvorschlag ist nicht vorgesehen.

Mit der alsbaldigen Beschlußfassung durch den Rat ist zu rechnen.